

Ursachen und Bedingungen von Rechtsverletzungen zu beseitigen. In der gegenseitigen Ergänzung dieser Pflichten

liegt die Gewähr für den Schutz der Rechte und Interessen des Staates und der Bürger begründet (vgl. Art. 2).

§31

Bürgschaft

- (1) Kollektive der Werkstätigen können sich verpflichten, die Bürgschaft über den Rechtsverletzer zu übernehmen, und dem Gericht vorschlagen, eine Strafe ohne Freiheitsentzug auszusprechen. Ausnahmsweise können auch einzelne, zur Erziehung des Täters befähigte und geeignete Bürger die Bürgschaft übernehmen.
- (2) Bestätigt das Gericht im Urteil die Übernahme der Bürgschaft, sind das Kollektiv oder der Bürge, der sie beantragt hat, verpflichtet, die Erziehung des Rechtsverletzers zu gewährleisten.
- (3) Die durch die Bürgschaft übernommene Verpflichtung erlischt nach Ablauf eines Jahres. Bei Verurteilung auf Bewährung kann sie für eine längere Dauer, jedoch nicht über die Bewährungszeit hinaus bestätigt werden.
- (4) Entzieht sich der Verurteilte der Bewährung und Wiedergutmachung, kann das Kollektiv oder der Bürge beim Gericht den Vollzug der mit einer Verurteilung auf Bewährung angedrohten Freiheitsstrafe beantragen.
- (5) Das Gericht bestätigt auf Antrag des Kollektivs oder des Bürgen das Erlöschen der Bürgschaft, wenn Voraussetzungen für die Erfüllung der mit der Bürgschaft verbundenen Verpflichtungen weggefallen sind.

1. Die Bürgschaft ist eine Form der **Mitwirkung der Werkstätigen** und ihrer Kollektive an der Strafzumessung (Vorschlag, eine Strafe ohne Freiheitsentzug auszusprechen) und an der Verwirklichung der Strafen ohne Freiheitsentzug.

Sie ist eine rechtliche Form, um die Strafen ohne Freiheitsentzug inhaltlich konkret auszugestalten. Sie ist **bei allen Strafen ohne Freiheitsentzug möglich**, wird jedoch im wesentlichen bei der Ausgestaltung des Bewährungs- und Wiedergutmachungsprozesses der Verurteilung auf Bewährung angewandt. Die Bürgschaft kann sowohl bei vorsätzlichen als auch bei fahrlässigen Vergehen übernommen und bestätigt werden.

Die mit der Bürgschaftserklärung zum Ausdruck gebrachte Erziehungsbereitschaft des Kollektivs bzw. des Bürgen begründet die Erwartung an den Täter, daß er auch ohne die Bestrafung mit

einer Freiheitsstrafe seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden wird.

Die Bürgschaft eröffnet die Möglichkeit, die Verurteilung auf Bewährung auch anzuwenden, wenn das Vergehen Ausdruck eines hartnäckig undisziplinierten Verhaltens ist (§ 30 Abs. 2).

2. **Voraussetzung für die gerichtliche Bestätigung der Bürgschaft** ist, daß sich ein Kollektiv der Werkstätigen oder eine einzelne, zur Erziehung des Täters befähigte und geeignete Person zur Übernahme der Bürgschaft verpflichtet und eine Strafe ohne Freiheitsentzug ausgesprochen wird. Das bedeutet, daß das Gericht keine Bürgschaft auferlegen kann. Die Bürgschaft setzt stets die Bereitschaft und die Verpflichtung des Kollektivs bzw. eines Bürgen zur Erziehung des Rechtsverletzers voraus. Einer Zustimmung des Beschuldigten zur Bürgschaft bedarf es nicht.